



Bundesministerium der Verteidigung, 11055 Berlin

Per Postzustellungsurkunde

Haintz legal Rechtsanwalts-GmbH  
z.Hd. Herrn Markus Haintz  
Schumannstrasse 21  
89555 Steinheim

HAUSANSCHRIFT Stauffenbergstraße 18, 10785 Berlin  
POSTANSCHRIFT 11055 Berlin

TEL +49 (0)30 2004- [REDACTED]

FAX +49 (0)30 2004- [REDACTED]

E-Mail [REDACTED]

Haintz legal Rechtsanwalts-GmbH  
Eingegangen am

22. Aug. 2023

Schumannstraße 21  
89555 Steinheim  
+49 731 85074331

275-23

BETREFF Antrag auf Informationszugang nach § 1 Informationsfreiheitsgesetz (IFG)

- BEZUG. 1. Ihr Antrag vom 14. April 2023  
2. BMVg – R I 1 – Az 39-22-17/A5/V514 vom 28. April 2023 und 2. Juni 2023  
3. Ihre Nachricht vom 5. Juli 2023

Gz R I 1 – 39-22-17/A5/V464

Berlin, 17. August 2023

Sehr geehrter Herr Haintz,

ich komme zurück auf Ihren auf das IFG gestützten Antrag vom 14. April 2023 (Bezug 1.)  
bzw. Ihre Nachfragen vom 5. Juli 2023 (Bezug 3.).

Mit Ihrem Antrag haben Sie gebeten, Ihnen folgende Fragen zu beantworten:

1. Wie haben sich die Krankheitszahlen der Soldaten der Bundeswehr in den Jahren 2018-2022 entwickelt?
2. Wie hat sich die Krankheitsquote der Soldaten der Bundeswehr in den Jahren 2018-2022 entwickelt?
3. Wie hat sich die Anzahl der Coronaerkrankungen der Soldaten der Bundeswehr in den Jahren 2020-2022 entwickelt?
4. Wie hat sich die Zahl der festgestellten Impfschäden der Soldaten der Bundeswehr - bezüglich sämtlicher Impfungen - in den Jahren 2018-2022 entwickelt?
5. Wie viele Impfschäden in Bezug auf die Coronaimpfung wurden bei Soldaten der

*Bundeswehr in den Jahren 2021-2022 festgestellt und wie viele Verdachtsfälle gab es?*

Mit Nachricht vom 2. Juni 2023 (Bezug 2.) wurde Ihnen mitgeteilt, dass die Daten im BMVg so nicht erhoben werden und eine entsprechende Zusammenstellung nach dem IFG nicht geschuldet sei. Mit Ihrem Schreiben vom 5. Juli 2023 wiesen Sie daraufhin, dass Ihnen die gewünschten Zahlen im Rahmen eines Wehrbeschwerdeverfahrens vorliegen und baten erneut um Auskunft.

Nach Ihrem Hinweis habe ich eine entsprechende erneute Abfrage im BMVg und seinen nachgeordneten Behörden vorgenommen. Nunmehr kann ich Ihnen Folgendes mitteilen:

Zu 1. und 2.:

Die Fragen 1 und 2 werden zusammen beantwortet.

Die von Ihnen gewünschten amtlichen Informationen liegen im Bundesministerium der Verteidigung nicht vor.

Für eine weitergehende Beantwortung Ihrer Fragen wären eine detaillierte Aktenrecherche und Auswertung im Geschäftsbereich BMVg erforderlich, da die erbetenen Daten im BMVg so nicht vorliegen bzw. nicht erhoben werden. Aus dem Informationsfreiheitsgesetz ergibt sich zwar ein Recht auf Zugang zu amtlichen Informationen nach § 1 Abs. 1 IFG, allerdings kein Recht auf die Zusammenstellung von Auskünften, die über die Einsichtnahme in amtliche Informationen hinausgehen. Die Pflicht zur Erstellung von entsprechenden Informationen oder Übersichten besteht nach dem IFG nicht. Dies wäre in diesem Fall jedoch erforderlich.

Zu 3.:

Im Rahmen des von Ihnen genannten Wehrbeschwerdeverfahrens wurden mit Stichtag 27. Januar 2022 folgende Zahlen erhoben:

- 18.221 Meldungen von nachgewiesenen SARS-CoV-2-Infektionen von Soldatinnen und Soldaten des GB BMVg
- davon werden 14.617 Fälle als geheilt und 3.602 Fälle als momentan erkrankt gezählt.

Darüberhinaus wurden für den Zeitraum 01.01.2021 bis 31.12.2021 zu Post-/Long-Covid-Symptomatik folgende Zahlen erhoben:

- 176 Soldatinnen und Soldaten gemeldet, die für einen Tag von allen Diensten befreit waren,
- 366 Soldatinnen und Soldaten gemeldet, die mit entsprechendem Verdacht in den Ambulanzen der Bundeswehrkrankenhäuser vorstellig wurden und
- 45 Soldatinnen und Soldaten gemeldet, die im Rahmen der akuten Infektion länger als 28 Tage von allen Diensten befreit waren.

Mit Stand 17.05.2022 wurden folgende Zahlen erkrankter Patienten für die Jahre 2020-2022 gemeldet:

- für das Jahr 2020 3.158 erkrankte Patienten,
- für das Jahr 2021 10.089 erkrankte Patienten
- für das Jahr 2022 51.631 erkrankte Patienten.

Weitere Informationen zu Erkrankungen liegen nicht vor. Im Übrigen wird auf die Antwort zu den Fragen 1 und 2 verwiesen.

Zu 4.:

Innerhalb der Bundeswehr können Impfschäden im Rahmen einer Wehrdienstbeschädigung (WDB) gemäß § 80 Soldatenversorgungsgesetz in Verbindung mit dem Bundesversorgungsgesetz anerkannt und insofern „festgestellt“ werden, wenn zwischen dem Impfschaden und dem Wehrdienst ein kausaler Zusammenhang festgestellt wird. Für die Feststellung einer WDB und der Gewährung von Leistungen ist das Bundesamt für das Personalmanagement der Bundeswehr (BAPersBw) zuständig.

Für die Feststellung von Impfschäden gem. §§ 60 – 61 Infektionsschutzgesetz in Verbindung mit Bundesversorgungsgesetz (im Sinne einer behördlichen Anerkennung) sind auf der Grundlage des sozialen Entschädigungsrechts die Versorgungsämter der Länder zuständig. Insoweit liegen im BMVg keine amtlichen Informationen im Sinne Ihrer Fragestellung vor.

Im Übrigen wird auf die Antwort zu den Fragen 1 und 2 verwiesen.

Zu 5.:

Für die Bewertung der Qualität, Wirksamkeit und Sicherheit von Impfstoffen sowie die Arzneimittelsicherheit ist in Deutschland das Paul-Ehrlich-Institut zuständig. Dort gehen die

gesetzlich vorgeschriebenen Meldungen zu Verdachtsfällen von Nebenwirkungen und Impfschäden im Zusammenhang mit der COVID-19-Schutzimpfung ein.

Mit Stand 5. Mai 2022 wurde im Rahmen des Wehrbeschwerdeverfahrens vor dem Bundesverwaltungsgericht ermittelt, dass 54 Verdachtsmeldungen erfolgt sind.

Im Übrigen wird auf die Antwort zu den Fragen 1 und 2 verwiesen.

Rechtsbehelfsbelehrung:

Vnstr/h

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Widerspruch beim Bundesministerium der Verteidigung, Postfach 1328, 53003 Bonn erhoben werden.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

